

Die Meerenge des Feuers: Wie Hormus die Ölmonarchien destabilisiert

Da der Iran für die Durchfahrt den Yuan verlangt, steht das Finanzmodell der Golfstaaten in Flammen.

12. August 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Leute, hört auf – das ist Krieg

Bis Februar 2026 passierten durchschnittlich 129 Handelsschiffe täglich die Straße von Hormus und transportierten etwa ein Drittel des [auf dem Seeweg gehandelten](#) Rohöls sowie ein Fünftel des weltweiten Flüssigerdgases. Keine andere Seestraße konzentriert einen so großen Anteil des weltweiten Energievorkommens auf so engem Raum; an ihrer engsten Stelle misst die Meerenge etwa 33 Kilometer, doch die tatsächlich befahrbaren Fahrrinnen sind deutlich schmaler. Für Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Katar, Bahrain und den Irak ist Hormuz nicht nur eine weitere Schifffahrtsroute; sie ist der einzige praktikable Absatzweg im industriellen Maßstab für Kohlenwasserstoffe, die je nach Land zwischen der Hälfte und fast der Gesamtheit der Staatseinnahmen dieser Länder ausmachen.

Dann änderte sich alles.

Der Krieg, der am 28. Februar 2026 durch den gemeinsamen Luftangriff der USA und Israels auf den Iran ausgelöst wurde, verwandelte diese geografische Abhängigkeit in eine systemische Verwundbarkeit. Am 4. März erklärte Teheran die Meerenge für „gesperrt“ und begann daraufhin, Seeminen zu verlegen, Handelsschiffe zu entern und direkte Angriffe auf [durchfahrende Schiffe](#) zu starten. Der Schiffsverkehr brach innerhalb weniger Tage um etwa 90 Prozent ein.

Technisch gesehen handelte es sich nicht um eine physische Sperrung, sondern in erster Linie um eine versicherungsbedingte Sperrung. Als Kriegsrisikoversicherer ihren Versicherungsschutz zurückzogen oder die Prämien auf unerschwingliche Höhen anhoben und als Besatzungen sich weigerten, für die Überfahrt anzuheuern, wurde die Meerenge unpassierbar, ohne dass auf die meisten Schiffe auch nur ein einziger Schuss [abgefeuert wurde](#).

Die Federal Reserve Bank of Dallas hat darauf [hingewiesen](#), dass der Unterschied zwischen einer militärischen Blockade und einer versicherungsbedingten Blockade aus Sicht der Produzenten am Golf rein akademischer Natur ist: Sobald die Lagerkapazitäten erschöpft sind, müssen die Bohrlöcher stillgelegt werden.

In diesen langen Monaten haben wir einen neuen Nahen Osten kennengelernt, eine neue Landschaft der Handelsbeziehungen und neue Szenarien für die Zukunft.

Stand Mitte Juli 2026 gibt es keine Anzeichen für eine Stabilisierung der Lage. Das Scheitern der Verhandlungen zwischen Washington und Teheran hat die intensivste Phase des Konflikts erneut entfacht: Das CENTCOM hat iranische Luftabwehranlagen, Küstenüberwachungsanlagen und den

Hafen von Bandar Abbas angegriffen, während der Iran seine Drohung bekräftigt, seine Offensive über die Meerenge hinaus auszuweiten, sollte seine nationale Energieinfrastruktur weiterhin ins Visier genommen werden. Der Generalsekretär der IMO hat Reeder öffentlich dazu aufgefordert, keine Durchfahrt durch die Meerenge zu versuchen. Präsident Trumps Vorschlag, eine Abgabe in Höhe von 20 Prozent des Frachtwerts zu erheben – wobei sich die USA als selbsternannter „Hüter der Meerenge“ aufspielen sollten –, der dann rasch wieder zurückgezogen wurde, zeigt, in welchem Maße die Hegemonialmacht selbst nun das als verhandelbar betrachtet, was ein halbes Jahrhundert lang als globales öffentliches Gut dargestellt wurde: die Freiheit der Schifffahrt im Golf.

Hormus wirkt als Katalysator

Wir haben erkannt, dass Hormus als [Katalysator](#) wirkt: Es schafft die Schwachstellen des Rentiermodells nicht erst, sondern lässt sie gleichzeitig zum Tragen kommen und erzwingt damit eine Neuordnung des globalen Handels. Oder, wenn man so will: Hormus setzt buchstäblich den gesamten Nahen Osten – und weit mehr noch – in Brand und trifft die Ölmonarchien, jene Mächte, die bis vor wenigen Monaten noch als die Supermächte des Öls und die Retter des Petrodollars galten.

1. Die Logistik

Gehen wir der Reihe nach vor. Die erste Veränderung betrifft die Logistik. Der Schock wurde nicht über die Ölpreise, sondern über den Londoner Versicherungsmarkt weitergegeben: Die Prämien für Kriegsrisiken stiegen auf ein Niveau, das die Schifffahrt unrentabel machte, lange bevor die iranischen Angriffe eine kritische Masse erreichten. In den ersten acht Tagen des März verzeichnete das British Maritime Trade Operations Center zehn Angriffe auf Handelsschiffe, bei denen erstmals Seeleute ums Leben kamen; im April zählte die IMO etwa 2.000 Schiffe und 20.000 Seeleute, die im Golf festsaßen und nicht mehr ausreisen konnten. [Brent-Rohöl](#), das Ende Februar bei rund 72 US-Dollar pro Barrel gehandelt wurde, überschritt innerhalb von fünf Handelstagen die 84-Dollar-Marke und stieg in Momenten höchster Spannungen sogar über 100 US-Dollar, um sich schließlich im Sommer stabil über 80 US-Dollar einzupendeln.

Die Handelsgeografie des Golfs hat sich neu um die westlich der Meerenge gelegenen Häfen herum geordnet. Große Einzelhandelsunternehmen in den Vereinigten Arabischen Emiraten haben ihre Lieferwege nach Fujairah und zu Terminals am Indischen Ozean umgeleitet und nehmen dabei steigende Logistikkosten in Kauf; die großen Hafenkonzerne des Golfs halten ihre Netzwerke zwar in Betrieb, verzeichnen jedoch einen [strukturellen Rückgang](#) der Umschlagmengen.

Auch Oman – das sich die Hoheitsgewalt über die Gewässer der Meerenge mit dem Iran teilt – befindet sich in einer unhaltbaren Lage: Seine traditionelle Rolle als Vermittler und sein De-facto-Bündnis mit Teheran werden durch die Militarisierung einer Passage auf die Probe gestellt, die Maskat stets neutral halten wollte, während die außerhalb der Straße von Hormus gelegenen Häfen von Duqm und Salalah einen [beispiellosen strategischen Wert](#) erlangen. Der strategische Vorteil hat sich somit verschoben: Wer Zugang zum Indischen Ozean hat, gewinnt an zentraler Bedeutung, wer keinen hat, verliert sie.

2. Die Fördermengen

Die zweite Änderung [betrifft die Fördermengen](#). Es gibt zwar Umgehungsinfrastruktur, doch die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die saudische Ost-West-Ölpipeline zum Hafen von Yanbu

am Roten Meer und die Habshan-Fujairah-Pipeline der Vereinigten Arabischen Emirate bieten bei voller Auslastung eine Kapazität von etwa 8,8 Millionen Barrel pro Tag – weniger als die Hälfte der 17 bis 20 Millionen Barrel, die zuvor täglich die Meerenge passierten. Die Folge war eine beispiellose erzwungene Produktionskürzung in Friedenszeiten. Zwischen Februar und April 2026 sank die Fördermenge Saudi-Arabiens von 10,11 auf 6,87 Millionen Barrel pro Tag, die des Irak von 4,14 auf 1,49, die der Emirate von 3,39 auf 2,02 und die Kuwaits von 2,58 auf gerade einmal 560.000: Allein durch diese vier großen arabischen Produzenten wurden mehr als neun Millionen Barrel pro Tag vom Markt genommen. Die Internationale Energieagentur stufte dieses Ereignis als die größte Versorgungsunterbrechung in der Geschichte des Ölmarktes ein, deren Ausmaß die Schocks von 1973 und 1979 noch übertraf.

Die Verteilung der Schäden ist äußerst asymmetrisch, und genau hier dient die Krise als Testfall für die unterschiedlichen Auswirkungen. Riad und Abu Dhabi, die über Ausweichrouten verfügten, konnten einen erheblichen Teil ihrer Exporte aufrechterhalten und gleichzeitig von den hohen Preisen profitieren: Im März 2026 erreichten die saudischen Öleinnahmen sogar ihren höchsten Stand seit Oktober 2022, da der Preiseffekt den Mengeneffekt vorübergehend überwog.

Kuwait, Katar, Bahrain und der Irak, denen Alternativen fehlten, waren gezwungen, ihre Exporte innerhalb weniger Tage auf ein Minimum zu reduzieren. Für Katar wird die Situation durch die Art der Fracht noch verschärft: Für LNG sind spezialisierte LNG-Tanker erforderlich, für die es keine alternativen Routen gibt, und die Blockade der Lieferungen hat einen Dominoeffekt auf die damit verbundene verarbeitende Industrie ausgelöst.

Hinzu kommen die materiellen Schäden: Die Vergeltungsangriffe des Iran gegen das Territorium der mit Washington verbündeten Monarchien haben mehr als achtzig Energieanlagen in den arabischen Golfstaaten getroffen, wobei die Kosten von der IEA und Rystad Energy auf etwa 58 Milliarden US-Dollar geschätzt werden.

3. Die Verschlechterung der Haushaltslage ist ein drängendes Problem

Die dritte und tiefgreifendste Veränderung betrifft die öffentlichen Finanzen. Der Fall Saudi-Arabiens ist aufschlussreich. Im Dezember 2025 hatte das Finanzministerium im Rahmen eines angekündigten Konsolidierungskurses einen Haushalt mit einem prognostizierten Defizit von 165 Milliarden Riyal (etwa 44 Milliarden US-Dollar oder 3,3 Prozent des BIP) für das gesamte Jahr 2026 vorgelegt.

Die Anfang Mai veröffentlichten Daten für das erste Quartal stellten das Bild jedoch auf den Kopf: ein Defizit von 125,7 Milliarden Riyal in neunzig Tagen – das höchste Quartalsdefizit seit 2018 –, wobei die öffentlichen Ausgaben angesichts sinkender Öleinnahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 20 Prozent gestiegen waren. In einem einzigen Quartal verzeichnete Riad fast das Doppelte des für das gesamte Jahr prognostizierten Defizits. Da Öl nach wie vor etwa 54 Prozent der Staatseinnahmen ausmacht, zwingt jeder weitere Monat des Konflikts zu einer schwierigen Entscheidung: die Megaprojekte der „Vision 2030“ zu verlangsamen, die Kreditaufnahme auf den internationalen Märkten zu erhöhen oder auf die Staatsreserven zurückzugreifen.

Der IWF hat diesen Abwärtstrend mit drei aufeinanderfolgenden Korrekturen innerhalb von sechs Monaten bestätigt: Das für 2026 prognostizierte Wachstum Saudi-Arabiens, das im Januar noch auf 4,5 Prozent geschätzt wurde, wurde im April auf 3,1 Prozent und in der Juli-Aktualisierung des

„World Economic Outlook“ auf 1,7 Prozent nach unten korrigiert, wobei eine Erholung auf 5,5 Prozent im Jahr 2027 von der Wiederöffnung der Meerenge abhängt.

Für die Region Naher Osten insgesamt ist die Prognose auf 0,7 Prozent gesunken. Die Prognosen vom April für die einzelnen Länder spiegeln die Hierarchie der Anfälligkeit wider: ein Rückgang um 14,7 Prozent für Katar, 4,2 Prozent für Kuwait, 3,8 Prozent für Bahrain, 1,9 Prozent für die Emirate und 1,4 Prozent für Saudi-Arabien. Dies zeichnet das Bild einer regionalen Wirtschaftsordnung, in der die Entfernung zur Umgehungsinfrastruktur das Ausmaß der Rezession bestimmt. Unterdessen zeigen sich mikroökonomische Anzeichen der Krise: In den Emiraten steigt die Inflation aufgrund von Versorgungsengpässen so schnell wie seit fünfzehn Jahren nicht mehr, während in Saudi-Arabien im ersten Quartal ein sprunghafter Anstieg der Insolvenzanträge zu verzeichnen war, von denen sich zwei Drittel auf den Einzelhandel und das Baugewerbe konzentrierten.

4. Finanzströme und illiquide Vermögenswerte

Die vierte Veränderung betrifft die Finanzströme im engeren Sinne. Die Staatsfonds der Golfstaaten, die über ein Gesamtvermögen von rund fünf Billionen Dollar verfügen, das über ein halbes Jahrhundert hinweg aus Kapitalerträgen angehäuft wurde, bilden das viel gepriesene Sicherheitsnetz des Modells. Die Krise offenbart jedoch ihre operativen Grenzen. Ein Großteil dieses Vermögens ist in illiquide oder strategische Vermögenswerte investiert: Technologiebeteiligungen, Immobilien und Private Equity (Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen). Um diese in Bargeld umzuwandeln und damit aktuelle Defizite zu finanzieren, müsste man unter ungünstigen Marktbedingungen verkaufen oder die Diversifizierungsprojekte aufgeben, die diese Fonds eigentlich finanzieren sollen.

Kuwait stellt den Extremfall dar: Durch Defizite ist der liquide Teil des Allgemeinen Reservefonds weitgehend aufgebraucht, während das Vermögen des Fonds für künftige Generationen rechtlich vom regulären Haushalt getrennt bleibt, da es kein Schuldengesetz gibt, das den Zugang zu den Märkten ermöglichen würde. Das kuwaitische Paradoxon – immenser Vermögensreichtum gepaart mit einer Liquiditätskrise – verkörpert die Situation des gesamten Modells. Auch versteckte Schulden müssen berücksichtigt werden: Anleiheemissionen des saudischen Public Investment Fund (PIF) und von Aramco tauchen nicht in den offiziellen Staatsschuldenstatistiken auf, würden aber im Krisenfall auf den Staat zurückfallen.

Die Märkte haben die neue Risikohierarchie bereits eingepreist. Anfang März verlor der Katar-Index an einem einzigen Handelstag 4,3 Prozent, und die Kurse der Staatsanleihen der Golfstaaten gaben auf breiter Front nach; die Differenzen zwischen Kauf- und Verkaufspreis (Spreads) der Credit Default Swaps (Kreditausfallversicherungen) für Bahrain – das Land mit einer öffentlichen Bruttoverschuldung von 152,4 Prozent des BIP – weiteten sich um fast 40 Prozent aus, was den stärksten Anstieg in der Region darstellte. Der teilweise Waffenstillstand im Frühjahr löste eine Erholung der Anleihenkurse aus, wobei die Spreads wieder auf das Vorkriegsniveau zurückkehrten; die Liquidität in den Bankensystemen bleibt jedoch angespannt, und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten im Juli hat die gesamte Front erneut eröffnet.

***Auch der geldpolitische Eckpfeiler des Systems –
die Bindung an den Dollar – ist unter Druck geraten.***

Alle Währungen des Golf-Kooperationsrats sind – mit der teilweisen Ausnahme des kuwaitischen Dinars – an den US-Dollar gekoppelt, und die Verteidigung des Wechselkurses angesichts von Kapitalabflüssen erfordert umfangreiche Dollarreserven. Es ist bezeichnend, dass der Handelsminister der Emirate im Mai Verhandlungen mit Washington über eine Währungsswap-Linie bekanntgab, die dem Dirham eine Versorgung mit kostengünstigen Dollar garantieren soll: Die Monarchien, die jahrzehntelang ihre Überschüsse in US-Staatsanleihen investiert haben, verhandeln nun über den Zugang zu der Liquidität, die sie einst exportiert haben.

5. Die gesamte Petrodollar-Krise

Der fünfte Wandel ist monetärer und systemischer Natur. Seit 1974 stellen die Preisbildung für Rohöl in Dollar und die Reinvestition der Überschüsse der Golfstaaten in US-Finanzmärkte eine der Säulen der US-Währungshegemonie dar. Die Hormus-Krise trifft diesen Mechanismus an seinem physischen Knotenpunkt. Teheran hat eine selektive Transitregelung eingeführt: Eine begrenzte Anzahl von Öltankern aus „befreundeten“ Ländern darf die Meerenge passieren, unter der Bedingung, dass die Zahlungen für die Ladung – sowie Transitgebühren von bis zu zwei Millionen Dollar – in Yuan oder Stablecoins [beglichen werden](#).

Zum ersten Mal wurde der physische Zugang zu Öl aus der Golfregion zwangsweise an einen Abrechnungsmechanismus geknüpft, der nicht auf den Dollar lautet. Es handelt sich dabei zwar um marginale Mengen, und es wäre ein analytischer Fehler, dies als das Ende des Petrodollars zu interpretieren; dennoch stellt dieser Präzedenzfall eine direkte Verbindung zwischen der Sicherheit der Schifffahrt und der Rechnungswährung her – eine Verbindung, die bisher in keinem BRICS-Dokument hergestellt werden konnte. Bereits bestehende Trends – bilaterale Abkommen in lokalen Währungen, die Internationalisierung des Yuan im Energiehandel und Diskussionen über alternative Abrechnungsmechanismen – erhalten durch die Krise einen messbaren und unbestreitbaren Schub, wie selbst die Mainstream-Medien anerkennen.

Für die Ölmonarchien ist das Dilemma verhängnisvoll. Ihr finanzielles Vermögen ist in Dollar denominiert, wird größtenteils in amerikanischen und europäischen Vermögenswerten gehalten und durch Sicherheitsgarantien der USA geschützt. Doch die Krise hat gezeigt, dass dieser Schutz nicht ausgereicht hat, um die Meerenge offen zu halten, während die Episode um die von Washington vorgeschlagene und dann wieder zurückgezogene Maut den Verdacht aufkommen ließ, dass Sicherheit selbst zu einem Instrument der Ausbeutung werden könnte.

Gleichzeitig kommen die Hauptabnehmer der Monarchien mittlerweile aus Asien: Vor der Sperrung waren etwa 91 Prozent des Rohöls und der Erdölprodukte aus der Golfregion für Asien bestimmt, wobei China ein Drittel seiner Ölimporte über Hormus bezog.

Die Handelsstruktur drängt nach Osten, während die Finanzstruktur sie in Richtung Westen zurückhält. Behalten Sie diese Tatsache unbedingt im Hinterkopf.

Die Notwendigkeit, den Wiederaufbau und die Infrastruktur im Inland zu finanzieren, wird zudem den Kapitalabfluss aus Staatsfonds in westliche Märkte verringern und damit den Recycling-Mechanismus, der die atlantische Finanzwelt seit fünfzig Jahren antreibt, geringfügig umkehren.

Der Stresstest

Die Hormus-Krise hat bislang noch nicht zum vollständigen Zusammenbruch einer Golfmonarchie geführt, und die Prognosen für eine Erholung bis 2027 bleiben unter der Annahme, dass die Meerenge wieder geöffnet wird, weiterhin solide. Die entscheidende Frage ist jedoch nicht, ob diese Staaten den Krieg überstehen werden, sondern vielmehr in welcher Form und zu welchem Preis.

In dieser Hinsicht ist die vorläufige Einschätzung eindeutig. Der Konflikt hat gezeigt, dass die Öleinnahmen von einem physischen Korridor abhängen, dessen Sicherheit die Monarchien nicht kontrollieren; dass die über Jahrzehnte angesammelten finanziellen Puffer weniger liquide sind, als ihr nominaler Umfang vermuten lässt; dass die Währungsbindung an den Dollar, einst eine Quelle der Stabilität, zu einem Faktor der Anfälligkeit werden kann; und dass die von den verschiedenen „Vision“-Programmen versprochene wirtschaftliche Diversifizierung in der Praxis nach wie vor durch eben jene Öleinnahmen finanziert wird, die sie eigentlich ersetzen soll. Die vollen Auswirkungen des Stillstands werden erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2026 sichtbar werden, wenn die Erschöpfung der Reserven und das Versiegen der fiskalischen Ströme ihren Lauf genommen haben.

Letztendlich misst dieser Test nicht nur die finanzielle Stabilität der Ölmonarchien, sondern auch die Widerstandsfähigkeit des historischen Kompromisses, auf dem sie beruhen – das Gleichgewicht zwischen der innerstaatlichen Einkommensverteilung und der äußeren Sicherheit. Veränderungen in den Handelsmustern haben sie Volumen gekostet; Veränderungen in den Finanzströmen kosten sie ihre Margen; und Veränderungen in den Währungsvereinbarungen drohen ihnen mittelfristig genau den Rahmen zu entziehen, in dem ihr Reichtum bemessen wird.

Jeder dieser Prozesse hatte sich bereits seit Jahren angebahnt; die Meerenge hat sie lediglich beschleunigt, und in diesem Sinne ist Hormus nicht die Ursache der Krise, mit der die Ölmonarchien konfrontiert sind – sie ist vielmehr deren Offenbarer. Und wieder einmal wurde ein Feuerzeug neben die Ölquellen des US-Dollars und seiner Monarchien gehalten.